

RATHAUSREPORT

Potsdam ist „Sicherer Hafen“

Potsdam nimmt erste zusätzliche Geflüchtete in der Stadt auf



Auf Worte folgen Taten. Im vergangenen Jahr hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen: Potsdam wird sicherer Hafen! Das bedeutet, dass Potsdam sich verpflichtet, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen. In seinem Bericht erläuterte Oberbürgermeister Mike Schubert nun, dass Potsdam im Dezember die ersten 24 Frauen und Männer aufnehmen wird. Aktuell seien die Menschen noch in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Eisenhüttenstadt untergebracht. DIE LINKE begrüßt die Aufnahme in die Landeshauptstadt ausdrücklich. Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg sagte, die Entscheidung zum Beitritt in das internationale Bündnis „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“, sei ebenso richtig wie notwendig. Die Aufnahme der ersten aus Seenot Geretteten soll mit einem gemeinsamen Spendenaufruf begleitet werden: Die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE aNDERE und der Stadtverordnete Alexander Frehse (Die Partei) rufen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die Potsdamerinnen und Potsdamer auf, sich an der Spendenaktion zur Ersteigerung eines weiteren Seenotrettungsschiffs für die Einsätze im Mittelmeer zu beteiligen. Das Schiff des Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung soll im Januar 2020 versteigert werden. Ca. 1 Mio Euro werden benötigt. Bereits zu Ostern 2020 könnte das Schiff in

den Einsatz starten. Die Eignerin des Schiffes soll die Seenotrettungs-organisation "Sea-Watch" werden. Initiiert haben den Spendenaufruf die Evangelische Kirche in Deutschland (#EKD) gemeinsam mit dem Bündnis "United 4 Rescue", mit Kommunen, Vereinen und Initiativen. Das Bündnis kritisiert die Kriminalisierung der Seenotrettung und fordert faire Asylverfahren. Der Trägerverein wurde Mitte November 2019 gegründet. Als Mitglied des bundesweiten Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ und als dessen Koordinierungsstelle steht es Potsdam gut zu Gesicht, dieses Vorhaben zu unterstützen. Unter dem Hashtag #WirSchickeneinSchiff werden Spenden auch online gesammelt.

Das Spendenkonto:
IBAN DE93 1006 1006 1111 1111 93
bei der KD Bank Duisburg,
BIC: GENODED1KDB.

**Wir wünschen allen Potsdamerinnen
und Potsdamern
eine besinnliche Adventszeit,
frohe Weihnachten,
einen guten Start in das
neue Jahr und ein
friedliches 2020**

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

bisher wurde lediglich in den Ausschüssen und in den Medien der Beschluss zu den Eckwerten des kommenden Doppelhaushalts debattiert. Sehr viel mehr Geld wird in den kommenden Jahren für öffentliche Aufgaben zur



Verfügung stehen – ob es ausreicht, um mit der Wachstumsgeschwindigkeit der Stadt mithalten kann, bleibt abzuwarten. Immerhin 40 Mio. Euro jährlich möchte die Verwaltung aus eigener Kraft investieren – für Schulen, den Ausbau des ÖPNV oder des Radwegenetzes. Zweifellos unverzichtbar. Aber auch für Kultur, Jugendklubs und Sportvereine braucht es künftig mehr Geld, wenn immer mehr Menschen hier wohnen. Darauf werden wir als LINKE ein besonderes Augenmerk legen. Verwundern konnte in diesem Zusammenhang eigentlich nur ein Vorstoß der FDP. Diese wollte die gestiegene Finanzkraft der Stadt dazu nutzen, eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen – die Grundsteuer zugunsten von Grundstückseigentümern kräftig zu senken. Dass sie versuchten, diese Einsparung von wenigen Cent pro m² auch noch als deutliche Entlastung für die Mieter zu verkaufen, war einer der dreistesten Vorstöße der Immobilienlobby in letzter Zeit. Da dieser von Lars Eichert (CDU) vortragen wurde, der bei der Lobbyvereinigung „Haus & Grund“ tätig ist, war es dann aber doch keine ganz so große Überraschung mehr.

Ihr
Stefan Wollenberg

Kreativquartier: Auswahlgremium entscheidet sich

Nach einem langen Prozess zur zukünftigen Gestaltung des Baugrundstückes Langer Stall/ehemalige Feuerwehr in der Potsdamer Stadtmitte und einer öffentlichen Ausschreibung, trat das Auswahlgremium Kreativquartier am 14. 11. unter Beteiligung der in der SVV vertretenen Fraktionen zusammen, um sich für einen der drei vorliegenden Entwürfe zu entscheiden. Die Auswahl fiel auf das „Villa-konzept“ des Berliner Architektenbüros



„Glockenweiß“. Ihr Vorschlag zeichnet sich vor allem durch unterschiedliche Gebäudestrukturen und verwinkelte Gassen aus, die durch das Quartier führen. Auf 18.400 qm Geschossfläche sollen Kunstschaffende Raum für Kreativität finden und Wohnungen sowie Gewerberäume entstehen.

Nichtsdestotrotz stehen eine Reihe politischer und konkreter Entscheidungen in der Umsetzung des Kreativquartiers noch aus. Das Grundstück, auf dem das Quartier entstehen soll, ist eines der letzten kommunalen Baugrundstücke in der Potsdamer Innenstadt. Dies zu verkaufen lehnen wir als LINKE ab – nicht, weil wir den Bedarf nach mehr Räumen für Kunstschaffende anzweifeln. Wir wollen, dass das Kreativquartier auf Dauer durch Kreative genutzt werden kann und zwar zu möglichst geringen Mieten. Dies können wir jedoch nur absichern, wenn das Grundstück in kommunaler Hand bleibt. Deswegen wollen wir es mit Erbbaupacht halten. Wesentlich ist für uns zudem, dass der Kunst – und Kreativszene die größtmögliche Gestaltungsfreiheit gegeben werden muss. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Mosaik in seiner vom Künstler intendierten Form beibehalten wird und das Rechenzentrum erhalten bleibt. Wir sind der festen Überzeugung, dass Rechenzentrum und Kreativquartier sich gut ergänzen würden. Isabelle Vandré

DIE LINKE für den Kompletterhalt des Rechenzentrums

Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung hatte die Potsdamer Stadtverwaltung zur Pressekonferenz geladen. Dort wurde die auf Antrag der Fraktion DIE LINKE durchgeführte Machbarkeitsstudie zum Erhalt des Rechenzentrums vorgestellt. Geprüft wurden drei mögliche Szenarien: zwei unterschiedliche Varianten eines Teilerhalts sowie der – hypothetische – Kompletterhalt des Gebäudes. Beide Varianten eines Teilerhalts sind nach dieser Darstellung unwirtschaftlich. Der Kompletterhalt steht zumindest aktuell den eigentums- und baurechtlichen Gegebenheiten entgegen. Unklar blieb allerdings, auf welcher Grundlage die Miethöhen zur Refinanzierung der Sanierungsarbeiten berechnet worden sind. DIE LINKE wird hier vollständige Transparenz

einfordern – auch im Interesse der Kreativen, die eine eigene Sanierungsplanung vorlegen wollen.

Der Neubeginn der Debatte um die Zukunft des Garnisonkirchgrundstücks ist eine Chance. Und diese Diskussion kann nicht unter Ignoranz der bestehenden Nutzung geführt werden. Der Erhalt des Rechenzentrums neben dem wachsenden Kirchturm könnte nicht nur ein lebendiges architektonisches Symbol für die geschichtlichen Brüche in unserer Stadt, sondern auch ein Garant gegen die Vereinnahmung dieses Ortes von Rechts sein. In diesem Sinn wird DIE LINKE sich aktiv in die weitere Debatte einbringen.

Fragen – Antworten

Gedenktafel Hannah Arendt

Im Dezember 2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Voraussetzungen für die Anbringung einer Gedenktafel für die Publizistin und Autorin Hannah Arendt. Allerdings ist bis heute keine Gedenktafel in der Merkurstraße 3 sichtbar. Der Stadtverordnete Sascha Krämer fragte die Verwaltung, aus welchen Gründen die Ehrung an ihrem Potsdamer Wohnhaus erneut nicht realisiert werden konnte. Die Beigeordnete für Kultur und Bildung, Noosha Auel, erklärte den Sachverhalt. Bei dem Ort, an dem die Tafel angebracht werden soll, handelt es sich um ein Privatgebäude. Das Votum der Gedenktafelkommission liegt vor, leider konnte keiner der drei angebotenen Termine vom Eigentümer wahrgenommen werden. Ende Januar wird erneut darüber beraten. Wenn es dann keinen gemeinsamen Termin gibt, wird über eine Stelle vor dem Haus nachgedacht. Aber die Beigeordnete ist zuversichtlich, dass es zu einer einvernehmlichen Einigung kommen wird.

Interkommunale Kooperation

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fordert einen Bericht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Landeshauptstadt will die Kooperation mit umliegenden Landkreisen und Gemeinden ausbauen, hier sieht der Oberbürgermeister Fortschritte in der Entwicklung. So wurden bereits gemeinsame Positionen gegenüber den Ländern Brandenburg und Berlin formuliert. Hans-Jürgen Scharfenberg kritisiert, dass es laut eines Beschlus-

ses der SVV der Oberbürgermeister Mike Schubert in der Dezember-Sitzung einen detaillierten Bericht dazu hätte vorlegen müssen. Laut Antwort der Verwaltung soll er nun im Januar 2020 vorliegen. Im ersten Quartal 2020 soll es eine gemeinsame Sitzung der gemeinsamen Hauptausschüsse Potsdam-Mittelmark und Potsdam geben. Dazu gibt es erste koordinierende Gespräche. Scharfenberg fordert eine Beteiligung des Hauptausschusses bei der inhaltlichen Vorbereitung.

Kastellanhaus Jagdschloss am Stern

Der Bund will das Jagdschloss mit der Hälfte der Sanierungskosten - 2,9 Millionen Euro - unterstützen. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte dazu den Oberbürgermeister, welche Möglichkeiten er sieht, um die Sanierung des Kastellanhauses am Jagdschloss am Stern zügig voranzutreiben? Die Stadt verständigt sich momentan mit der Schlösserstiftung über die Fragen der Finanzierung. „Wir befinden uns momentan in der Phase der Abstimmung“, so der Baubeigeordnete Bernd Rubelt. Scharfenberg verweist auf konkrete Beschlüsse der SVV und erinnert den OB daran, dass er beauftragt wurde, aufzuzeigen, wie sich Potsdam konkret beteiligen kann. Darauf erwiderte Mike Schubert (SPD), dass es einen Vorschlag im Haushalt geben wird, der dann von den Stadtverordneten diskutiert werden muss.

Wohnraumzweckentfremdungsverbot

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach dem Stand der Erarbeitung einer Satzung

gegen die Wohnraumzweckentfremdung in der Stadt Potsdam. Beigeordnete Brigitte Meier führte dazu aus, dass der Satzungsentwurf vorliege und die Verwaltung in der Phase der Klärung der Umsetzung sei. Wann genau die Satzung beschlossen werden soll, ließ sie offen. Ebenso wie die Fragen: Wer geht welchem Hinweis nach? Wer übernimmt die Recherche im Internet? Potsdam befindet sich zudem im Erfahrungsaustausch mit anderen Städten. Im Eckwertbeschluss ist eine neue Stelle für diese Aufgaben vorgesehen. Diese steht ihr aber erst zur Verfügung, wenn der Haushalt beschlossen wird.

Beschlossen

Mieterprivatisierung Wollestraße

Ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beauftragt den Oberbürgermeister, den beschlossenen Verkauf des Hauses Wollestraße 52 zum Abschluss zu bringen. Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg (DIE LINKE) brachte den Antrag ein und führte aus, dass die noch offenen Fragen bis zum geplanten Notartermin am 19.12. abschließend geklärt werden sollen. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Straßenlaternen zu Ladesäulen

In anderen deutschen Städten ist es schon gang und gäbe: Die Umrüstung von Straßenlaternen zur Nutzung als Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. Sascha Krämer (DIE LINKE) beantragte die Prüfung dieses Vorhabens nun auch für die Landeshauptstadt Potsdam. Mit einer Änderung aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität, der neben Autos auch Fahrräder über die Ladesäulen laden lassen können möchte, ist der Antrag nun mehrheitlich angenommen worden. Der Stadtverordnetenversammlung ist im ersten Halbjahr 2020 dazu ein Konzept vorzulegen.

Baumpaten gesucht

Bereits 2017 wurde eine Aktion ins Leben gerufen, welche heute wieder verstärkt an Attraktivität gewinnen sollte. DIE LINKE erinnerte die Stadtverordnetenversammlung an die Idee der Baumpatenschaften, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen soll, in Eigenregie Bäume in der Stadt zu pflanzen. Doch dazu müssen mehr Räume zur Verfügung gestellt werden. Auch niedrigschwelligere und konkrete Angebote ohne große Kostenbeiträge sollen geschaffen werden, ebenso wie die Möglichkeit, die gepflanzten Bäume mit Angaben zur Spenderin/zum Spender auszustatten.

Auch der Anlass des Pflanzens soll vermerkt werden können. Dadurch sollen die Baumpatenschaften für die wichtigen im Stadtbild aktuell fehlenden Bäume attraktiver werden. Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden und die Fraktion DIE LINKE erhofft sich nun zahlreiche neue Baumpaten in der Landeshauptstadt Potsdam.

Querungshilfe am Kindergarten in Bornim

Gerade an Kindergärten und Schulen muss Verkehrssicherheit oberste Priorität haben. Leider gibt es nach wie vor Lücken bei den möglichen Verkehrssicherungsmaßnahmen. DIE LINKE beantragte aus diesem Grund gemeinsam mit den Fraktionen SPD, DIE aNDERE und Bündnis 90/Die Grünen vor dem Kindergarten in der Mitschurinstraße/ Hugstraße in Bornim zu prüfen, ob dort solche Maßnahmen nötig sind. Im Gespräch sind neben einer Querungshilfe auch eine dauerhafte Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h oder eine Geschwindigkeitsanzeigetafel. Der Antrag ist mit großer Mehrheit beschlossen worden und im Februar 2020 soll dem Ausschuss für Klima, Mobilität und Umwelt dazu Bericht erstattet werden.

Gesamtstädtische Übersicht zu fest verankerten Bike-&-Ride-Fahrradstellplätzen

Im Potsdamer Stadtgebiet gibt es aktuell 621 Haltestellen des ÖPNV. Viele Bürgerinnen und Bürger erreichen diese zur Weiterfahrt mit dem Fahrrad, allerdings stehen nicht überall sichere Stellplätze zur Verfügung. Eine kleine Anfrage aus dem September zeigte, dass der Stadt keine gesamtstädtische Übersicht zu fest verankerten Bike & Ride Fahrradstellplätzen zur Verfügung steht. Die Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen beantragten darum, diesen Zustand auszuräumen und eine solche Übersicht für die Haltestellen der ViP zu erstellen und die dringenden Bedarfe der Pendler*innen zu ermitteln.

Prioritäten für Bahnunterführungen

Autofahren in Potsdam, da schütteln viele Menschen nur noch mit dem Kopf. Zahlreiche Verkehrsgestellen in der Stadt erschweren ein Durchkommen. Dazu zählen auch Kreuzungspunkte der Bahn mit dem Straßenverkehr, wie beispielsweise am Bahnhof Medienstadt in Babelsberg. Eine Lösung des Problems von langen Wartezei-

ten an Schranken können Unterführungen darstellen, welche auch schon länger immer mal wieder im Gespräch sind. DIE LINKE beantragte nun den Oberbürgermeister zu beauftragen, zu untersuchen, an welchen Punkten der Stadt eine solche Maßnahme erforderlich und sinnvoll ist. Grundlage einer zügigen Prüfung und vor allem Umsetzung soll eine ebenfalls zu erstellende Prioritätenliste sein, auf deren Grundlage zügig die Antragstellung beim Land sowie beim Bund sein soll. Diesem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Scholle 34 - Lottenhof

Deutsche Kommunen können beim Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat im Rahmen des Förderprogramms „Förderung von Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus“ Fördergeld für konkrete Projekte beantragen. Die Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen beauftragen den Oberbürgermeister, für die erste Antragsphase eine Projektskizze zur Sanierung der Liegenschaft „Scholle 34 - Lottenhof“ zu erstellen und beim Ministerium einzureichen. Dies trägt 2/3 der Kosten für bewilligte Projekte. Dieser Antrag ist mehrheitlich beschlossen worden.

Überwiesen

Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland

Im Ortsteil Fahrland fehlt es aktuell gänzlich an kommunalem Wohnraum. Auch bezahlbarer Wohnraum ist knapp, da die privaten großen Wohnungsvermieter ausschließlich an „Lohnempfänger*innen“ vermieten und somit ganze Bevölkerungsteile komplett ausschließen. Die allgemeinen Wohngebiete im Bebauungsplanareal „Am Friedhof“ sollen aus diesem Grund in städtischer Hand bleiben und nicht verkauft werden. Zusätzlich sollen die entstehenden Wohnungen zu mindestens 50% mit Belegungsbindung hergestellt werden, um auch in Fahrland sozialen Wohnraum zu schaffen. Die Planungen mit der genauen Wohnungsanzahl und den entstehenden Kosten soll spätestens ein Jahr nach Satzungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung präsentiert werden. Dieser Antrag ist zunächst in den Ausschuss für Soziales, Bauen und Wohnen überwiesen worden.

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr;
06.; 13.; 20. und 27. Januar; 10.; 17.; und 24. Februar;

7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
29. Januar 2020, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

02. Februar 2020, Beginn 10 Uhr
Club 91, Kastanienallee 22d, Stadtteil Potsdam West

Ausgabe des „Rathausreport“ 01/2020

Stadthaus, Raum 3.107
07. bis 11. Februar 2020 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

07. und 08. Februar 2020
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2020

Bürgersprechstunde des Fraktionsvorsitzenden Stefan Wollenberg

Am 16.01. 2020 ab 16:30 Uhr
In der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE; Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam
Voranmeldungen sind möglich unter:
Tel: 0331/2893051
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie den Rathausreport abonnieren möchten, senden Sie bis zum Jahresende 2019 für die 4 Ausgaben im ersten Halbjahr 2020 vier Briefmarken á 1,20 Euro an die Fraktion DIE LINKE.

Ein Ort der Vielfalt



Vom 6. bis zum 8. Dezember fand im Rechenzentrum (RZ) das Performance-Festival "Ist das Kunst oder kann das weg?" statt. Es gibt die Performance "Delikatessen" von Artchurch Me 9.0, ein Comedy-Puppenspiel von Benno Lehmann und Herr Mann, ein Mitmach-Musiktheater für kleine und große Menschen, Gemüsetheater, Theaterstücke, Live-Hörspiele, Lesungen und Konzerte. Am 8. Dezember war auch der traditionelle Politfrühschoppen der Stadtfraktion DIE LINKE zu Gast im Rechenzentrum – vormittags. Und nachmittags lief in diesem Kulturtempel im Rahmen der Performancereihe die Doku „Schrott oder Chance – Ein Bauwerk spaltet Potsdam“ Der Film zeigt an dem sich zuspitzenden Konflikt um den FH-Bau, wie Potsdam in Sachen Städtebau und Gesellschaft tickt: Die Stadt ist gespalten – Rekonstruktionsbefürworter und Abrissgegner stehen sich gegenüber. Ein Filmprojekt, das sehr lebendig auch eines der Hauptthemen beim Rathausreport live war – der Erhalt des Rechenzentrums. Bevor darüber diskutiert wurde, gaben zu Beginn die Stadtverordneten Dr. Sigrid Müller und Sascha Krämer einen Überblick über das Geschehen auf der 6. Sitzung der SVV am 4. Dezember. Beide Stadtverordnete arbeiteten im Grunde das ab, was die Leser*innen unseres Reports den Seiten 1 bis 3 entnehmen können. So ging es um das Verfahren zum Haushalt 2020/21; um das integrierte Verkehrskonzept der Stadt und – wie fast immer – um bezahlbaren Wohnraum in der Landeshauptstadt. Kritisiert wurde von Teilnehmern z.B. dass zu viele Verwaltungen in zentraler Lage ihren Sitz haben. Dass dann

aber nach Feierabend die City menschenleer ist. Weiter ging es um die Zukunft des „Lottenhofes“ in Potsdam-West und um den längst fälligen Erweiterungsbau der „Regenbogenschule“ in Fahrland. Ausführlich wurde schließlich zum Thema Erhalt des RZ als zentraler Ort der Kultur, Kunst und Kreativität in der Mitte von Potsdam diskutiert. Hierzu standen gern Anja Engel, Kulturmanagerin des Rechenzentrums seit 2015, und Ulrike Harder vom Vorstand des „FÜR“ e.V. (Verein „Freundliche Übernahme des Rechenzentrums“) Rede und Antwort. Seit 2015 wird der Gebäudekomplex des RZ als Kultureinrichtung genutzt. 260 Kulturschaffende sind hier tätig. Die beiden Frauen informierten, dass die ursprüngliche Nutzung bis 2018 vereinbart wurde. Das RZ hat sich mehr und mehr zu einem Ort der Vielfalt entwickelt. Jetzt gilt als Schlusstermin der 31. Dezember 2023. Diskutiert werden verschiedene Lösungen einer möglichen Zukunft des RZ. DIE LINKE und die Nutzer des RZ selbst sind natürlich für den Gesamterhalt dieses soziokreativen, zivilgesellschaftlichen Zentrums. Es sei widersinnig, so die Diskussionsrunde, etwas Bestehendes, Funktionierendes zu zerstören. Dr. Wolfram Adolphi, selbst Nutzer eines Ateliers im RZ: „Hier ist die kreative Jugend der Stadt zuhause. Will man die Jugend nach außerhalb befördern?“. In einer Pressemitteilung des RZ heißt es u.a.: „Wenn die Stadt den Abriss des Hauses diskutiert, muss klar sein, was das bedeutet: Ein lebendiger, funktionierender Kulturort würde leichtsinnig und kurzfristig geopfert werden.“

- Bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam